

# Streit um Keskin-Kandidatur

Teile der SPD kritisieren die Nominierung des SPD-Bürgerschaftskandidaten Hakki Keskin / Angst vor Stimmenverlusten ■ von Florian Marten

„Jetzt haben wir die Wahl verloren!“ Eine starke Minderheit von SPD-FunktionärInnen ist entsetzt, daß ihre Bedenken die Nominierung von Dr. Hakki Keskin für den Listenplatz 50 durch den SPD-Landesvorstand nicht verhindern konnten. Ein Türke auf der Liste, so die Bedenken, werde der rechtslastigen Stammwählerschaft in den Neubaughetτος signalisieren, daß sie lieber gleich Rechtsaußen wählen sollen.

Für die SPD, die ihren Wahlkampf ganz gezielt auf ihre rechtsanfällige Arbeiterklientel ausrichtet, ist das ein schergewichtiges Argument. Längst steht für SPD-Analysen außer Frage, daß der rassistische Krebs in ihrer traditionellen Klientel wuchert. 30 Prozent der Rep-Wähler in Baden-Württemberg, so ergab jüngst eine Untersuchung, haben ein Gewerkschaftsbuch in der Tasche. „Und das“, so warnt SPD-Vizefraktionschef Jan Ehlers, „ist nicht das Lumpenproletariat, sondern die organisierte Arbeitnehmerschaft.“ DVU und Republikaner wissen das. Mit „Kurt Schuhmacher würde DVU wählen“ und ähnlichen Parolen gehen sie derzeit in Hamburg auf Stimmenfang.

So ordnen denn auch selbst aufgeklärte Hamburger Sozis die Wahl Keskins als mutigen Affront gegen Teile der eigenen Basis ein. SPD-Chef Helmuth Frahm: „Das ist ein mutiger und wichtiger Schritt.“ Die

Entscheidung des Landesvorstands stand lange auf der Kippe, bis Vöscherau sein Gewicht für Keskin in die Waagschale warf. Für ihn gab das nüchterne Kalkül den Ausschlag, die Außenwirkung der Nominierung Keskins würde rechts nicht so viele Stimmen kosten, wie sie links bringt.

Mit Triumph in der Stimme vermerken SPD-Strategen denn auch, daß die GAL durch die Nichtnominierung eines Einwanderers der SPD die Chance zu verbessertem Zugriff aufs Lichterkettenpublikum geboten habe. Für die rechte Klientel fühlt sich die SPD mit ihrer Zustimmung zur Grundgesetzänderung (selbst Thea Bock und Freimut Duve votierten dafür) und Innensenator Hackmanns konsequenter Abschiebepolitik gut gerüstet. Die Frage freilich, ob die Vermutung überhaupt stimmt, Keskin koste Stammwählerstimmen, wird in der SPD nicht diskutiert.

Ein ganz anderes Problem wird die SPD jedoch vielleicht noch beschäftigen: Keskin ist innerhalb der komplexen politischen Gemengelage türkischer und kurdischer HamburgerInnen durchaus umstritten. Insbesondere Kurden werfen ihm vor, großtürkische Positionen zu vertreten, den Völkermord an den Kurden zu dulden. Keskin, türkischer wie deutscher Sozialdemokrat und Anhänger des früheren türkischen Ministerpräsidenten Ecevit, ist naturgemäß nicht der



SPD-Kandidat Nr. 50

Foto: Hinrich Schultze

ideale Gesamteinwanderer, sondern ein Vertreter einer bestimmten politischen Richtung. Beamte der Innenbehörde hatten noch am Sonntag, kurz vor der Nominierung Keskins, bei SPD-Vorstellern angerufen und davor gewarnt, sich die politischen Probleme der Türkei in den Hamburger Wahlkampf einzubauen: „Dann habt ihr die Ausländergruppen am Hals.“

An Keskins endgültiger Nominierung durch den SPD-Landesparteitag am kommenden Wochenende gibt es dennoch keine Zweifel. Sorgen bereitet den SPD-Strategen dagegen die Frage, ob sich kurdische und türkische Keskin-Kritiker jetzt massiv zu Wort melden. Dann, so die Furcht, würde es innerparteilich Ärger und tatsächlich Stimmenverluste geben.

## „Nicht als Vorzeige-Ausländer ins Rathaus“

■ Interview mit Hakki Keskin, der als erster Immigrant in die Bürgerschaft einziehen soll

Nach dem Willen des SPD-Vorstands sollen Sie als erster und einziger Immigrant in die Bürgerschaft einziehen. Könnte man auch sagen als Feigenblatt?

Ich habe bei meiner Vorstellung im Landesvorstand ganz klar gesagt, daß ich nicht als Vorzeige-Ausländer in die Bürgerschaft gehen werde. Und wenn man mich in dieser Absicht wählen will, dann bin ich nicht der Richtige. Ich will mich für die berechtigten Forderungen der Einwanderer einsetzen. Allerdings würde allein meine An-

wesenheit in der Bürgerschaft eine beachtliche Diskussion auslösen. Sie würde bundesweit Signalwirkung haben.

Was wollen Sie im Parlament konkret durchsetzen?

Ich werde mich für eine rechtliche, politische und soziale Gleichstellung und Gleichbehandlung der hier dauerhaft lebenden Nicht-Deutschen einsetzen, auch der Flüchtlinge. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die doppelte Staatsbürgerschaft generell akzeptiert wird. Außerdem will ich eine

Konzeption für eine antirassistische Erziehung im Vorschul-, Schul- und Hochschulbereich mitentwickeln, stehe für ein Verbot rechtsradikaler und neonazistischer Organisationen und verbesserten Schutz für Nicht-Deutsche. Deutsche und Nicht-Deutsche müssen wieder ohne Angst in dieser Stadt leben können.

In der SPD befürchten einige Funktionäre, daß die Wahlchancen der Sozialdemokraten durch Ihre Kandidatur gemindert werden, Wähler in den sozialen

Brennpunkten in die Arme der Rechten getrieben werden.

Soviel ich weiß, hat sich die Parteispitze klar für meine Kandidatur ausgesprochen. Bedenken waren nur Einzelmeinungen. Wenn aber aus diesem Grund einige Wähler der SPD die Stimme verweigern, dann können diese Wähler der SPD gestohlen bleiben. Die Parteien müssen jetzt Farbe bekennen und die Realität akzeptieren. Und diese Realität ist, daß 11 Prozent der Hamburger Nicht-Deutsche sind.

Interview: uex